

# Transatlantische Beziehungen

Stephan Bierling

Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes und, nach der Wiederwahl von George Bush, dem Versuch der USA und Europas, ihren seit dem Ende des Irakkriegs eingeschlagenen Kurs der rhetorischen Entspannung und demonstrativen Harmoniebezeugungen fortzusetzen. Gleich dreimal reiste Bush in den ersten sechs Monaten nach seiner zweiten Inauguration nach Europa: im Februar zum Besuch von NATO und EU in Brüssel und Treffen mit Chirac und Schröder, im Mai zu den 60-Jahrfeiern des Kriegsendes in Moskau und einer Visite in den baltischen Staaten sowie im Juli zum G-8- und USA-EU-Gipfel in Großbritannien. Allerdings konnte der freundschaftlichere Umgang miteinander und die verbesserte Kooperation bei einigen ‚low politics‘-Problemen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kluft zwischen den USA und Westeuropa in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen nach wie vor besteht, wenn nicht sogar breiter wird, und sich gemeinsame strategische Projekte allenfalls am Horizont abzeichnen.

## Europa und der US-Präsidentschaftswahlkampf

Wie vor vier Jahren, so erlebten die Amerikaner – und die internationalen Beobachter – im Wahlkampf 2004 ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kandidaten, des Amtsinhabers George Bush und seines Herausforderers John Kerry. Umfragen ergaben, dass die Bürger der Alten Welt Kerry mit deutlichen Mehrheiten bevorzugten. 74 zu 10 % der Deutschen, 64 zu 5 % der Franzosen und 47 zu 16 % der Briten sprachen sich kurz vor der Wahl für den Demokraten gegenüber dem Republikaner aus. Auch in Mittel- und Osteuropa, wo sich die Regierungen fast geschlossen hinter Bushs Irakpolitik gestellt hatten, erhielt Kerry höhere Zustimmungsraten als Bush. Vorgeworfen wurde dem amtierenden Präsidenten vor allem der Irakkrieg, sein Hang zu Alleingängen, die Däpierung der europäischen Verbündeten und die Ablehnung des Kyoto-Protokolls. Die negative Einstellung der Europäer gegenüber Bush spiegelt sich in den Medien der Alten Welt. So ergaben Studien von Media Tenor, eines internationalen Medien-Forschungsinstituts, dass insbesondere das deutsche öffentliche Fernsehen den Irakkrieg, die Nachkriegsentwicklungen und die Wahlen im Irak deutlich negativer kommentierte als etwa arabische Medien. Privat klagten europäische, vor allem deutsche Korrespondenten in den USA, dass ihre Heimatredaktionen Fakten ignorieren und mit ihrer Anti-Bush-Haltung die Berichterstattung beeinflussen.<sup>1</sup>

Obwohl sich Kerrys Position in den wichtigsten außenpolitischen Fragen kaum von der Bushs unterschied, war die Feindseligkeit der meisten Europäer gegenüber dem Amtsinhaber so groß, dass der Demokrat von einem ‚Anybody But Bush‘-Effekt profitierte. In der Tat klagte Kerry den Präsidenten an, die USA von den Verbündeten entfremdet zu haben, und versprach im Falle seines Wahlsiegs eine engere Abstimmung mit den NATO-Partnern, aber auch – und das wollten viele Europäer nicht wahrnehmen – eine stärkere Lastenteilung mit ihnen. Um seine außenpolitische Angreifbarkeit im Wahlkampf zu reduzieren, ließ sich Bush seit Mitte 2004 auf Kompromisse mit den Europäern ein oder ging Konflikten (etwa in der

1 Vgl. „Bush’s Harshes Critics“; in: Wall Street Journal, 24.2.2005, S. A9.

Frage eines NATO-Einsatzes im Irak) aus dem Weg. Auf einem kurzen USA-EU-Gipfel am 27. Juni 2004 in Irland vermieden der amerikanische Präsident und der irische Premierminister und EU-Ratsvorsitzende Aherm alle Kontroversen und zogen einen symbolischen Schlusstrich unter den transatlantischen Streit über den Irakkrieg. Schon im Vorfeld hatten US-Außenminister Colin Powell und der Hohe Repräsentant der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, in einem gemeinsamen Zeitungsartikel die enge Partnerschaft beschworen und Projekte für die künftige Zusammenarbeit benannt.<sup>2</sup>

In Europa zeigten die Spitzenpolitiker ihre Präferenzen für die US-Wahlen nicht offen, auch wenn bis auf den britischen Premierminister Tony Blair und den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi die meisten Staats- und Regierungschefs Westeuropas auf einen Sieg Kerrys gehofft haben dürften. Allerdings spielen die Ansichten der Westeuropäer, insbesondere der traditionellen europäischen Führungsmächte Frankreich und Deutschland eine geringere Rolle, seit die EU am 1.5.2004 zehn neue Mitglieder vor allem aus Mittel- und Osteuropa aufgenommen hat. Diese sind nämlich deutlich Amerika-freundlicher als viele ‚alte‘ EU-Länder, weil sie sich zum einen nur von den USA eine glaubwürdige Sicherheitsgarantie gegenüber den Unwägbarkeiten der russischen Politik erwarten und zum anderen über die enge Bindung an Washington einer französisch-deutschen Hegemonie in Europa entgegenwirken wollen. Dafür sind die neuen Mitglieder bereit, den USA in von ihnen als existentiell erachteten Fragen wie dem Irakkrieg solidarisch zur Seite zu stehen. Deutlichstes Zeichen der veränderten Machtverhältnisse in der Union war Ende Juni 2004 die Berufung des portugiesischen Ministerpräsidenten Barroso zum Präsidenten der Kommission. Damit setzten die kleineren, Amerika-freundlichen Mitglieder jenen Politiker für das wichtigste EU-Amt durch, der Mitte März 2003 nur wenige Tage vor dem Irakkrieg Gastgeber für die Führer der Anti-Saddam-Koalition – Bush, Blair und Aznar – gewesen war, und wiesen den Wunschkandidaten von Paris und Berlin und erklärten Kriegsgegner, den Belgier Verhofstadt, zurück.

### **Der ‚Honeymoon‘ seit Bushs Wiederwahl**

Nach der knappen, aber eindeutigen Wiederwahl Bushs am 2. November 2004 mussten sich die Hauptkritiker der USA in Europa, Frankreich und Deutschland, auf vier weitere Jahre mit dem ungeliebten Präsidenten einstellen. Dies wurde ihnen zumindest oberflächlich dadurch erleichtert, dass Bush seitdem immer wieder seinen Willen zu einer Verbesserung der transatlantischen Beziehungen betont. Zunächst schickte er seine neue Außenministerin Condoleezza Rice auf eine siebentägige, acht Länder umfassende Reise durch die Alte Welt, deren zentrale Botschaft der Rückkehr zur Diplomatie sehr gut ankam. Dann trat der Präsident seine erste Auslandsreise nach seiner zweiten Inauguration vom 21. und 24. Februar 2005 nach Europa an. Am Vortag seiner Gespräche mit den europäischen Staats- und Regierungschefs beschwor er in einer Grundsatzrede in Brüssel eine „neue Ära der transatlantischen Einigkeit“ und lud seine Gastgeber ein, die großen politischen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Konkret nannte er dabei die Befriedung des Nahen Ostens und die Verhinderung des iranischen Nuklearprogramms. Es folgte ein Dinner mit Frankreichs Staatspräsidenten Jacques Chirac, ein Besuch des NATO-Hauptquartiers und des Europäischen Rats in Brüssel und – ein symbolträchtiges Novum für einen amerikanischen Präsidenten – des Sitzes der EU-Kommission. Schließlich traf Bush am 23. Februar in Mainz, wo sein Vater im Mai 1989 der Bundesrepublik eine Führungsrolle an der Seite

---

<sup>2</sup> Colin Powell/Javier Solana: Building Stronger Bridges Across the Atlantic; in: Financial Times, 25.6.2004, S. 19.

der USA angeboten hatte, auch mit dem deutschen Bundeskanzler zusammen. Allerdings widersprach Bush Schröders Einschätzung – vorgetragen Anfang Februar auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München –, die NATO sei nicht länger das wichtigste transatlantische Forum für den strategischen Diskurs.

In der Tat haben beide Seiten realpolitische Gründe, aufeinander zuzugehen. Die Vereinigten Staaten müssen mit der Einsicht leben, dass die Stabilisierung des Irak kostspieliger und langwieriger ist als angenommen und die Europäer wenn schon nicht militärisch oder finanziell, so doch zumindest politisch hilfreich sein können. Europa hatte zu erkennen, dass die außenpolitische Einheit des Kontinents eine Fiktion bleibt und eine Opposition zu den USA die EU und die NATO spaltet. Zeit-Herausgeber Josef Joffe brachte diese Einsicht treffend auf den Punkt: „In der ersten Amtszeit hat Bush Hegemonial-, haben Berlin und Paris Gleichgewichtspolitik betrieben, und das Fazit ist: Beide Seiten sind gewogen und für zu schwach befunden worden.“<sup>3</sup> Allerdings wurde seit Bushs Wiederwahl auch deutlich, dass Bush zwar eine neue Wertschätzung für Diplomatie an den Tag legte und auch partielle Kooperationsmöglichkeiten mit den Europäern etwa bei der Umgestaltung der Ukraine und des Libanon sowie bei der Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts betonte, aber weder die zentralen Inhalte noch das langfristige Ziel seiner Außenpolitik veränderte. Im Gegenteil: Schon in seiner Inaugurationsansprache am 20. Januar 2005 verwendete der Präsident Dutzende Mal die Begriffe „Freedom“ oder „Liberty“, die künftig die Leitbilder der US-Außenpolitik sein würden. Auch auf seiner Europareise im Februar forderte er die Europäer wiederholt auf, seinen Kurs eines muskulösen Idealismus zu unterstützen. Am 22. Februar etwa sagte er in Brüssel: „Amerika unterstützt ein starkes Europa, weil wir einen starken Partner brauchen für die schwere Aufgabe, die Freiheit in der Welt voranzubringen.“ Ob die Europäer dabei mitwirken wollen, ist aber mehr als fraglich. In den drei für die amerikanische Außenpolitik in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten zentralen Herausforderungen bleiben nämlich Differenzen bestehen: bei der Stabilisierung des Irak, der Verhinderung eines iranischen Nuklearprogramms und dem Management des Aufstiegs Chinas.

### **Die zentralen Problemfelder: Irak, Iran, China**

Sollte sich Bush erhofft haben, die Europäer würden ihren Worten, die Spannungen über den Irakkrieg lägen hinter ihnen, auch Taten zur Stabilisierung des nahöstlichen Landes folgen lassen, so sah er sich getäuscht. Zwar vergaben die 19 Gläubigernationen des Pariser Clubs am 22. November 2004 80 % der 42 Milliarden Dollar, die der Irak ihnen schuldet. Aber keiner der europäischen Kriegsgegner zeigte sich bereit, über kleinere Beiträge zu einer NATO-Trainingsmission für irakische Sicherheitskräfte hinaus substantielle Wiederaufbauhilfe zu leisten. An der Zurückhaltung der Europäer änderten auch die überraschend erfolgreich verlaufenen irakischen Parlamentswahlen am 30. Januar 2005 nur wenig. Javier Solana, der Repräsentant der EU-Außenpolitik, meinte kurz vor Bushs Besuch in Europa sogar, die demokratischen Wahlen seien „keine Rechtfertigung“ für die amerikanische Irakpolitik.<sup>4</sup> Selbst Partner der USA bei der Stabilisierung des Irak wie Italien, Polen und die Ukraine sprechen öffentlich darüber, ihre Truppen zurückzuholen oder zumindest zu reduzieren. In dieser für sie so wichtigen Frage wird die Bush-Administration also nicht auf ein stärkeres Engagement der Europäer zählen können.

3 Josef Joffe: Bush der Verführer. Der amerikanische Präsident hat eine mächtige Wende vollzogen – hin zu Old Europe; in: *Die Zeit*, 24.2.2005, S. 1.

4 Vgl. „Into the lion’s den“; in: *The Economist*, 26.2.2005, S. 25f.

In der Frage der Nuklearambitionen des Iran beruhigte sich der transatlantische Dissens zwar etwas, weil Washington den ‚EU 3‘ bestehend aus den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Englands sowie Solana eine Chance einräumte, Teheran mit ökonomischen Anreizen zu einem Einlenken zu bewegen. Die Bush-Administration akzeptierte dabei den Vorschlag der Europäer, dem Iran Gespräche über einen WTO-Beitritt und die Lieferung von Ersatzteilen für seine alternde zivile Flugzeugflotte anzubieten. In der Tat stimmte die iranische Führung im November 2004 zu, ihr Programm zur Urananreicherung während der Verhandlungen mit den Europäern zu unterbrechen. Beim Treffen am 25. Mai 2005 vertagten sich beide Seiten aber auf Juli, ohne eine Lösung des Problems gefunden zu haben. Die Intransigenz Teherans, das auf seinem Recht der Urananreicherung beharrt, und seine langjährigen Verstöße gegen die Auflagen der Internationalen Atomenergiebehörde lassen einen Kompromiss wenig wahrscheinlich erscheinen. Sollten die Bemühungen der Europäer scheitern, würde die Frage auf Drängen der USA wohl dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt. Hier müssten sich nicht nur Frankreich und Großbritannien, sondern auch Russland und China erklären, die enge kommerzielle Interessen vor allem im Nuklear- bzw. Rohstoffbereich mit dem Iran verbinden.

Am Beispiel Chinas zeigt sich so deutlich wie in kaum einer anderen Frage die Unterschiedlichkeit der geostrategischen Welten, in denen die Europäer und die USA leben. Die Vereinigten Staaten verfolgen eine Globalpolitik und beobachten den Aufstieg von neuen Akteuren mit Sorge, wenn sie mit ihnen ideologisch und machtpolitisch konkurrieren und das Gleichgewicht in ihrer Region verändern. Europa ist regional orientiert und an balancepolitischen Gesichtspunkten im fernen Ausland wenig interessiert. Es glaubt sich deshalb leisten zu können, China primär unter dem Gesichtspunkt des Handelspartners zu betrachten. Als Chirac und Schröder forderten, das seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 in Peking verhängte EU-Waffenembargo aufzuheben, waren die schärfsten transatlantischen Auseinandersetzung im Untersuchungszeitraum die Folge. Auch wenn China schon heute trotz der bestehenden Embargos einige Militärgüter aus Europa und den USA bezieht, handelt es sich dabei primär um kaum offensiv einsetzbare ‚Low-tech‘-Güter. Washington befürchtet allerdings, dass die EU nach einem Embargo-Ende den chinesischen Wünschen nach modernsten Waffen wie französischen Mirage- und Rafale-Kampfflugzeugen und deutschen Leopard-Panzern sowie vor allem nach Hochtechnologiegütern wie Kommunikationsmitteln, Computernetzwerken und Nachtsichtkameras entsprechen könnte. Dies wiederum würde das Drohpotenzial Pekings gegenüber Taiwan erhöhen, dessen Unversehrtheit die USA und insbesondere Präsident Bush garantieren. Eine Aufhebung des EU-Embargos verurteilen deshalb viele in Washington als direkte Bedrohung amerikanischer Interessen. Das Repräsentantenhaus verabschiedete im Januar 2005 mit 411 zu drei Stimmen eine Resolution, die die EU auffordert, keine Waffen an China zu liefern. Eine entsprechende Entschließung des Senats beschwor am 17. März die „potenziell schädlichen Auswirkungen auf die transatlantische Verteidigungskooperation“. Republikanische Politiker sprechen sich für den Fall europäischer Waffengeschäfte mit China für Sanktionen gegen europäische Rüstungsunternehmen aus.<sup>5</sup> Zwar legte die EU ihre Entscheidung über die Aufhebung des Embargos vorerst auf Eis, nachdem Peking im März in einem Anti-Sessionsgesetz einen Militäreinsatz im Falle einer taiwanesischen Unabhängigkeits-

---

<sup>5</sup> Vgl. Michael Backfisch/Eric Bonse: USA drohen EU im China-Streit mit Sanktionen; in: Handelsblatt, 24.3.2005, S. 5.

erklärung angedroht hatte, und vertagte damit das heikle Problem. Aber für 2006 wird eine Neuauflage dieser Initiative erwartet. Insofern ist der Besuch Solanas Anfang Mai 2005 in Washington und die Verkündung eines ‚strategischen Dialogs‘ mit der Bush-Administration über Asien als Versuch zu werten, ‚Goodwill‘ auf amerikanischer Seite für den Fall aufzubauen, dass die EU das Waffenembargo schließlich doch aufhebt.

### **Probleme zweiter Ordnung**

Neben die transatlantischen Konfliktherde Irak, Iran und China rückt zunehmend Russland. Die Hochphase der amerikanisch-russländischen Kooperation nach den Anschlägen vom 11. September 2001 macht einer nüchterneren Einschätzung des Verhältnisses auf beiden Seiten Platz. Putins Schwenk zum Autoritarismus kann nämlich von Bush nicht gänzlich unbeantwortet bleiben, nimmt er seine Maxime der Demokratieförderung ernst. In der Tat forderte Rice bei ihrem Moskau-Besuch im Februar 2005 ihre Gastgeber in deutlichen Worten auf, nicht von ihrer Reformpolitik abzurücken. Der Präsident selbst sah sich veranlasst, seinen eigenen Moskau-Besuch anlässlich der 60-Jahr-Feier des Kriegsendes zwischen Besuche der baltischen Staaten und Georgiens zu legen und damit Amerikas Unterstützung für die einst von der Sowjetunion unterdrückten Länder zu signalisieren. In Litauen sagte Bush sogar: „Für große Teile Mittel- und Osteuropas brachte der Sieg die eiserne Herrschaft eines anderen Imperiums. Der 8. Mai 1945 markierte das Ende des Faschismus, aber nicht das Ende der Unterdrückung.“<sup>6</sup> Auch ist Washington pikiert, dass Russland an seinen Plänen festhält, das Atomkraftwerk im iranischen Bushehr fertig zu bauen. Frankreich und Deutschland dagegen sind die führenden europäischen Mächte, die durch die Intensivierung ihrer Zusammenarbeit mit Moskau ein Gegengewicht zu der als hegemonial empfundenen Außenpolitik der USA bilden wollen. Zudem entwickelt sich Russland zu einem immer wichtigeren Öl- und Gaslieferanten für Europa, insbesondere für Deutschland.

Zu all dem strategischen Konfliktpotenzial zwischen den USA und Europa kommen Dispute in anderen Sektoren. Das Gefangenenlager in Guantanamo, wo noch immer mehr als 500 des militanten Islamismus Verdächtige ohne Prozess festgehalten werden, wird von den Europäern als Verstoß gegen die Menschenrechte verurteilt. Auch im Wirtschaftsbereich kommt es weiter zu Spannungen. Zwar ist mit der Stabilisierung des Wechselkurses zwischen 1,20 und 1,35 Dollar pro Euro an einer Front etwas Ruhe eingekehrt, aber der Streit über die Airbus- bzw. Boeing-Subventionen verschärfte sich. Angesichts der erfolgreichen Lancierung des Riesenflugzeugs A380 kündigte die US-Regierung im Herbst 2004 nämlich die Vereinbarung von 1992, die die Subventionen auf beiden Seiten regulierte. Auf Washingtons Vorwurf, die Europäer unterstützten Airbus mit ‚weichen‘ Regierungsanleihen, antworteten diese mit dem Argument, Boeing erhalte indirekte Staatshilfen über Aufträge von der NASA und dem Verteidigungsministerium. Ende März 2005 brachen die beiden Seiten ihre im Januar aufgenommenen Verhandlungen ohne Ergebnis ab. Ende Mai kündigten sie jeweils Klagen vor dem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation an. EU-Handelskommissar Peter Mandelson rechnet mit dem „größten, teuersten, und schwierigsten Rechtsstreit in der Geschichte der WTO“.<sup>7</sup> Damit droht

6 Zit. in Caroline Daniel: Bush in the Driving Seat After Tricky East European Trip; in: Financial Times, 11.5.2005, S. 9.

7 Zit. in Alexander Hagelücken / Andreas Oldag / Sibylle Haas: Konflikt zwischen Airbus und Boeing eskaliert; in: Süddeutsche Zeitung, 1.6.2005, S. 25.

der amerikanischen wie den europäischen Regierungen eine Verurteilung wegen ungerechtfertigter Subventionierung einer spezifischen Industrie. Solange das Verfahren vor der WTO läuft, dürfte der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS auch der Einstieg in den lukrativen amerikanischen Rüstungsmarkt – konkret geht es um einen milliarden-schweren Auftrag für die veraltete Tankflugzeug-Flotte der USA – nicht gelingen. Schließlich könnte sich der Streit auch auf die laufende Welthandelsrunde auswirken, die sich im letzten Jahr gerade vom Desaster von Cancún im September 2003 zu erholen begonnen hatte.

### Ausblick

Auch 15 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben die USA und Europa keine befriedigende Antwort auf die Frage gefunden, um welche konkreten Projekte ihre Zusammenarbeit künftig kreisen solle. Einerseits liegen die Tage der Beleidigungen und der Lust an der Unterminierung des Verhältnisses mittlerweile zwei Jahre zurück, entlasten die Europäer mit der Übernahme der Nato-Mission in Bosnien und der Aufstockung ihrer Kontingente im Kosovo und Afghanistan die Vereinigten Staaten, zeigen sich die USA etwa in Fragen des iranischen Atomprogramms und des Internationalen Strafgerichtshofs kompromissbereiter als früher. Andererseits laufen die außenpolitischen Agenden der beiden Seiten nach wie vor eher nebeneinander als dass sie sich überschneiden und ergänzen. Angesichts der politischen, ökonomischen und demographischen Krise Europas steht nicht zu erwarten, dass sich die EU kurz- und mittelfristig zu einem attraktiven Partner der USA bei ihrer Weltordnungspolitik entwickelt.

### Weiterführende Literatur

- Stephan Bierling: Auseinander gelebt. Das Ende der transatlantischen Sonderbeziehungen; in: *Internationale Politik* 10/2004, S. 69-74.
- David P. Calleo: The Broken West; in: *Survival*, 46/3 (September 2004), S. 29-38.
- Marta Dassù / Roberto Menotti: Europe and America in the Age of Bush; in: *Survival*, 47/1 (Spring 2005), S. 105-122.
- Helga Haftendorn: Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise, SWP-Studie S05, (Februar 2005).
- William Drozdiak: The North Atlantic Drift; in: *Foreign Affairs* 84/1 (January/February 2005), S. 88-98.
- Ulrike Guérot: Europa und Amerika: business as usual?, in: *Internationale Politik*, 1/2005, S. 54-60.
- Daniel S. Hamilton (Hrsg.): *Conflict and Cooperation in Transatlantic Relations*, Washington D.C. (Center for Transatlantic Relations) 2004.
- Leslie Lebl: The Iraq War and U.S.-European Relations; in: *Orbis* 48/4 (Autum 2004), S. 719-731.
- Daniel Levy / Max Pensky / John Torpey (Hrsg.): *Old Europe, New Europe, Core Europe: Transatlantic Relations After the Iraq War*, London 2005.
- Dieter Mahncke / Wyn Rees / Wayne Thompson: *Redefining Transatlantic Security Relations*, Hampshire 2004.
- Franz-Josef Meiers: *Transatlantic Relations After the U.S. Elections. From Rift to Harmony?*, Bonn, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) C 140/2004.
- Peter Rudolf: *Amerikanische Iranpolitik. Stand, Optionen, Szenarien*; SWP-Aktuell 12 (März 2005).
- Stephen F. Szabo: *Parting Ways. The Crisis in German-American Relations*, Washington D.C. 2004.
- Erich Wede: *Living with the Transatlantic Drift*; in: *Orbis* 49/2 (Spring 2005), S. 323-335.
- Werner Weidenfeld / Caio Koch-Weser / C. Fred Bergsten / Walther Stützel / John Hamre (Hrsg.): *From Alliance to Coalitions – the Future of Transatlantic Relations*, Gütersloh 2004.